



ORIENTIERUNG

Nr. 2 52. Jahrgang Zürich, 31. Januar 1988

DIE MEHRHEIT MÜSSTE dies wollen und tun: Der Promotor eines «Friedenskonzils», *Carl Friedrich von Weizsäcker*, machte diese Bemerkung am 15. Januar in Bern/Belp, als er u. a. über die nötige Selbstbeschränkung in der Energieversorgung sprach. Der Physiker und Philosoph schätzt, daß der Menschheit noch 50 Jahre gegeben sind, um zu verhindern, daß durch Ausbeutung der Natur die Erde zugrunde gerichtet wird. Er findet es deshalb sinnvoll, daß das ökologische Anliegen in den vor bald fünf Jahren vom Weltkirchenrat inaugurierten «konziliaren Prozeß» einbezogen wird, dem sein dringlicher Aufruf zu einem «ökumenischen Konzil des Friedens» am Düsseldorfer Kirchentag (1985) offenbar Auftrieb gegeben hat.

Weizsäcker sprach jetzt in Belp vor rund 300 Personen auf einer Arbeitstagung, die gemeinsam vom Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und von der (katholischen) Nationalkommission *Justitia et Pax* veranstaltet war. Sie verstand sich als schweizerische, die katholische Kirche einbeziehende Eröffnung der Vorbereitung jener «Konvokation», die aufgrund von Programmrichtlinien der Vollversammlung des Ökumenischen Rates von Vancouver (1983) im Jahre 1990 auf Weltebene stattfinden soll und für die auf Pfingsten 1989 eine europäische Voraus-Versammlung in Basel anberaumt ist.

Um den Konsens

Die Welt-Konvokation war zuerst (in einem Antrag von DDR-Delegierten) unter Berufung auf *Dietrich Bonhoeffer* als «allgemeines christliches Friedenskonzil» konzipiert worden. Schon in Vancouver hat man aber die Thematik erweitert. Delegationen der Dritten Welt gaben ihrer Befürchtung Ausdruck, ein gefestigter Friede zwischen West und Ost könnte lediglich die Herrschaft des Nordens über den Süden zementieren. So wurde das Stichwort «Gerechtigkeit» an den Anfang der Zielsetzung für einen anzustrebenden «Bund» bzw. für dahinführende «konziliare Prozesse» und «Konvokationen» gesetzt. Die schließlich vereinbarte Formulierung lautet: *Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*.

So gut, so recht, möchte man sagen; vielleicht ist damit eine Übersetzung von «Schalom» oder «Heil» für die Menschheit von heute gefunden. Aber die Frage ist ja, was durch wen

geschehen muß und kann, damit das für das Überleben der Menschheit Unabdingbare verwirklicht wird, «bevor es zu spät ist». *Durch wen?* Die mögliche Rolle der Kirchen überhaupt steht hier zur Diskussion, nicht nur die Form der ökumenischen Zusammenarbeit (zum Beispiel die Verbindlichkeit der katholischen Mitwirkung, des Vatikans, der Bischofskonferenzen usw.). Weizsäcker warnte davor, mit Hilfe der drängenden Weltanliegen die Ökumene ankurbeln, d. h. die Konvokation «benützen» zu wollen (um die Stagnation zu überwinden und dgl.). Besser wäre es, meinte er, an den Grundsatz zu denken: «An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen ...»; er erhoffte sich auch wenig von «allzu theologischen» Formulierungen. Vielmehr mahnte er deutlich zur Bescheidenheit, wenn er hinsichtlich der oben erwähnten Selbstbeschränkung in der Energieversorgung äußerte: «Sollte die Kirche dazu etwas Vernünftiges sagen, wäre ich sehr dankbar.» Im Kontext ging es Weizsäcker – angesichts der Tatsache, daß Selbstbeschränkung auf *demokratischem Weg* bis heute nicht zustande gekommen sei – um die öffentliche Bewußtseinsbildung, «damit die Politiker mehr tun können, als heute möglich ist». Hierzu also sollen die Kirchen und Christen einen *Beitrag* leisten.

Damit ist eine Aufgabe gestellt, wie sie letztes Jahr *Walter Dirks* speziell für die Friedensbewegung formuliert hat.¹ Nach ihm geht es darum, «die *Gesinnung* des Friedens in eine *politische Strategie* umzusetzen». Das erfordert, sagt er, über die Arbeit am Bewußtsein des einzelnen und der Massen hinaus die Entwicklung eines «Konsens», einer «produktiven Utopie», für die «alle Menschen guten Willens» zu gewinnen, besonders aber die geschichtlich gegebenen «Kräfte» zu aktivieren sind. Und er nennt neben dem Christentum («Volkskirche» und «christliche Erneuerung») das «Erbe der sozialistischen Arbeiterbewegung und das der bürgerlichen (radikal-demokratischen) Emanzipation»: Mindestens für Europa sei dieses Erbe unentbehrlich, denn am Kampf der bürgerlichen und proletarischen Friedensbewegung (19. und Anfang 20. Jh.) hätten die Christen kaum teilgenommen. Mit diesem Eingeständnis am Anfang (schon in Vancouver nachzulesen!) gilt es eine Haltung und nicht zuletzt eine *Sprache der Solidarität* zu gewinnen. Sie muß das binnenchristliche Vokabular sprengen und auf Konsens abzielen, soll eine «Mehrheit» zum «Wollen und Tun» gebracht werden.

Ludwig Kaufmann

¹ Vgl. Buchhinweis auf der letzten Seite.

FRIEDEN/ÖKUMENE

Suche nach einem Konsens: Vorbereitende Schritte zum «konziliaren Prozeß» – C. F. von Weizsäcker sprach in Bern – Beitrag der Kirchen zur öffentlichen Bewußtseinsbildung – Walter Dirks fordert: Friedensgesinnung in eine politische Strategie umzusetzen – Suche nach einer universellen Sprache (vgl. letzte Seite).

Ludwig Kaufmann

MENSCHENRECHTE

Die mutigen Frauen Lateinamerikas: Bericht von einem Kongreß in San Salvador – Es geht um die Verschwundenen und Inhaftierten – Familienangehörige aus dem ganzen Kontinent organisieren sich in *Fedefam* – Europäer und US-Amerikaner im Beobachterstatus – Jetzt ist die Zeit des Kämpfens – Das Gesicht des totalen Krieges – Leiden provoziert kreative Kräfte.

Marietta Peitz, Waakirchen

Zum Stand der Grundrechte in Polen: Politische Kritik kann sich relativ ungestört äußern – Republikanische Traditionen reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück – Gesellschaft als Trägerin einer politischen Kultur – Sozialistisches Verständnis von *Bürgerrechten* – Unterordnung unter den revolutionären Klassenkampf – Der Menschenrechtsbericht von 1979 – Diskussion um Neuformulierung der Verfassung (1976/77) – Katholische Kirche als Anwalt der Menschenrechte – Ihr Einsatz für die laikale Linke – Erinnerung an die 16 Monate «Solidarność».

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

LITERATUR

Die lettische Schriftstellerin Zenta Maurina: Schwer behindert, promoviert sie als erste Lettin 1938 – Aufgewachsen in einem mehrsprachigen Elternhaus – Übersetzerin und Vermittlerin von Literatur aus Ost und West – Auseinandersetzung mit Dostojewskij und Dante – Flieht vor der Roten Armee nach Deutschland und läßt sich in Schweden nieder – Vortragstätigkeit in Deutschland und der Schweiz – Trotz aller Qualen liebte sie ihr Dasein.

Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri b. Bern

BUCHBESPRECHUNG

Widerstand aus Glaube: Referate über *E. Stein, A. Delp* und *D. Bonhoeffer* – Sie besiegelten den Glauben mit dem Tod – Die Erinnerung verlangt, unsere aktuelle Herausforderung wahrzunehmen.

Karl-Egon Lönne, Grevenbroich

Die mutigen Frauen Lateinamerikas

Beobachtungen bei einem Menschenrechtskongreß in San Salvador

In einen schwarzen Kittel ist sie gehüllt. Das Baby auch. Nein, kein weißer Schal wie bei den anderen Frauen, kein Friedenszeichen.

Wie sechzehn sieht sie aus, trotz des Bußgewandes. Dabei ist sie Mutter von vier Kindern und aktive Mitarbeiterin einer Menschenrechtsorganisation, die den Namen des ermordeten Erzbischofs, Oscar Romero, trägt. Ihr Mann arbeitet in einer anderen Gruppe. Deren Präsident, Herbert A., wurde am 26. Oktober auf der Straße erschossen. Ob sie nicht Angst habe, frage ich die junge Frau. «Nein», sagt sie, «irgendwann ist man jenseits der Angst.» Die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Körper von zwei Brüdern ihres Mannes hat sie von der Müllhalde geholt und begraben. «Es wird noch viele Opfer geben», beendet sie ruhig unser Gespräch und nennt ihren Namen. Ich will ihn nicht wissen, will sie nicht in Gefahr bringen durch eine unbedachte Nennung des Namens. Jetzt muß ich es tun; der Name nämlich ging kurz vor Weihnachten in kleinen Lettern durch die Weltpresse: Cardénas.

«René Joaquín Cardénas, Menschenrechtler aus El Salvador und Friedensrichter, wurde am 10. Dezember 1987 von zwei Unbekannten in San Miguel, 115 km östlich von San Salvador, ermordet.»

Da war mein Gespräch mit Maria Cardénas gerade zwei Wochen alt.

«Piscina»

Kein anderes Schild im bescheidenen Hotel Ritz, mitten im Marktzentrum von San Salvador gelegen, weist darauf hin, daß in einem Saal über dem Schwimmbad für ein paar Tage «Strategien des Lebens» entwickelt werden. Im Saal selbst schreit der Tod von den Wänden: Photos von Gefolterten, Ermordeten, hinterhältig Erschossenen; daneben – in Strichmännchenmanier – die 49 üblichsten Foltermethoden der Länder Lateinamerikas! Daneben Plakate, Poster und Parolen wie «nunca más» (Nie wieder) und der Kampfruf dieser Tage: «Vivos los llevarón! Vivos los queremos!» (Lebendig hat man sie entführt! Lebendig wollen wir sie zurück.) Schmerzhaft erinnert man sich einer Bemerkung von Salvador-Präsident Duarte, in seinem Land gäbe es keine Verschwundenen; Verschwundene, das seien Tote.

Zum drittenmal hat die lateinamerikanische Organisation FEDEFAM (ein Zusammenschluß der in fast allen Ländern existierenden Gruppen von Familienangehörigen der Verschwundenen und Inhaftierten) versucht, ihren VII. Jahreskongreß in El Salvador abzuhalten. Zum drittenmal mißlang dieser Versuch, einfach weil die Regierung sieben der dreizehn Delegationen die Einreise verweigert hatte. Auch die Präsidentin von FEDEFAM, Pamela Pereira, erhielt kein Visum.

Dennoch haben sich an diesem 20. November rund zweihundert Menschen zusammengefunden, überwiegend Frauen aus Südamerika und der Karibik, «begleitet» von einer kleinen Gruppe Europäer und einer größeren Delegation aus den USA. Während von den Verantwortlichen der «Kongreß» geschickt zum «Forum» umstrukturiert wird, verteilen die «Madres» aus Mexiko rote Nelken und weiße Chrysanthemen, Symbolblumen für Märtyrerblut und Friedenssehnsucht. Wen das Photo an der Halskette darstelle, frage ich behutsam eine der Frauen. «Meinen Sohn», sagt sie – «den jüngsten. Vor zwei Jahren haben sie ihn abgeholt. Und vorher meinen Mann. Nie mehr ein Lebenszeichen.» – «Und das im demokratischen Mexiko?» frage ich ratlos. «Wo Angst herrscht, kann es keine Demokratie geben.»

Die Müttergruppen Mexikos gehören zu den ersten auf dem

Kontinent, die sich organisiert haben. Das ist zehn Jahre her. Von 543 «desaparecidos» (Verschwundenen) haben sie Kenntnis, die Zahl der aus politischen Gründen Inhaftierten ist ungewiß. Seit zehn Jahren gehen diese Frauen protestierend auf die Straßen, belagern Ministerien, enthüllen den wahren Charakter des Militärlagers I als geheimes Gefängnis, veranstalten Hungerstreiks und nennen ihre Demokratie Fassade.

«Fassaden»

Dieses Wort kehrt in fast all den scharf analysierenden «Länderberichten» wieder. Über El Salvador berichtet der Jesuit Dr. Segundo Montes, Leiter einer Menschenrechtsgruppe an der Universidad Centroamericana in San Salvador; Zahlen zunächst: Seit Beginn des Krieges sind in diesem Land mit einer knapp Sieben-Millionen-Bevölkerung 70000 Menschen getötet worden, die nicht unmittelbar mit dem bewaffneten Konflikt zu tun haben. 1,5 Millionen Menschen wurden aus- oder umgesiedelt. Die Menschenrechtsorganisationen haben Kenntnis von mehr als 7000 Fällen von «desaparecidos». Die kürzlich ausgesprochene Amnestie für politische Häftlinge im Rahmen des mittelamerikanischen Friedensplanes *Esquipulas II* hat die Situation keineswegs entspannt; im Gegenteil: die freigelassenen politischen Häftlinge sind jetzt schutzlos den Todesschwadronen ausgeliefert; die Übergriffe der Militärs und der paramilitarischen Organisationen werden unter dem Stichwort «perdón et olvido» unter den Teppich gekehrt, die Schuldigen nicht zur Rechenschaft gezogen. (Siehe Argentinien!)

Einen «totalen Krieg» nennt Montes das, was in seinem Land geschieht – eine politische, militärische, wirtschaftliche, ideologische Auseinandersetzung auf allen Ebenen, und damit schier unbeendbar. Mörderische Widersprüchlichkeiten, wohin man blickt. Dies etwa: Militärdienst in El Salvador ist Pflicht zwischen dem 18. und dem 30. Lebensjahr. Die Privilegierten, in deren Interesse ja schließlich das Militär kämpft, – die Privilegierten kaufen sich davon frei. Also sind es die armen Teufel, die Campesinos, die Kleinen in den Slums, die zwangsrekrutiert werden und nun gegen ihre Überzeugung, gegen ihre Interessen, gegen ihre Brüder kämpfen müssen.

Deutlich wird, daß die massiven Menschenrechtsverletzungen in El Salvador nicht erst bei Mord und Verschwinden beginnen, sondern bereits in der Verfassung, in der Rechtsprechung, in den Ausnahmegesetzen gleichsam legalisiert sind. Sobald das Militär in Verbrechen verwickelt ist, etwa in die Ermordung von Erzbischof Romero, wird ein Schuldiger weder gesucht noch gefunden. Genau dies aber fördern die Frauen von FEDEFAM: daß auch gerecht gerichtet werde!

Von einer «demokratischen Fassade», mit der die Länder des Westens sich nur allzu schnell zufrieden gäben, spricht auch Xavier Giraldo SJ, der Sprecher der kolumbianischen Delegation. Ein düsteres Bild seines Landes malt er (so düster, daß FEDEFAM beschließt, den gescheiterten VII. Kongreß nächstes Jahr womöglich in Kolumbien zu veranstalten). Die «Methodik des Verschwindenlassens» haben die kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen eingehend studiert. Nichts ist Zufall; alles generalstabsmäßig vorbereitet.

«Verschwindenlassen»

Noch ist nicht ganz geklärt, wem der Ruhm zukommt, diese gemeinste aller Erpressungsmethoden erfunden zu haben: dem Iran? Israel? Deutschlands Drittem Reich? In Kolumbien gibt es Verschwundene seit 1970. Ab 1977 organisierte sich diese Form, unter der Bevölkerung Terror zu säen. Seither sind in Kolumbien 1229 Fälle von «desaparecidos» bekannt. In Wirk-

lichkeit dürfte die Zahl viel höher liegen, weil die Familienangehörigen es nicht wagen, Anzeige zu erstatten.

Strategie der Einschüchterung:

▷ Mehr als 50% aller Personen verschwinden am Wochenende oder vor einem Feiertag. So wird es unmöglich, gleich Meldung zu erstatten.

▷ Fast 70% der Verschwundenen sind Campesinos aus Konfliktzonen.

▷ Die meisten Verschwundenen gibt es immer dann, wenn das Militär ein Gebiet «reinholt».

▷ Personen, die verschwinden sollen, werden von Gefängnis zu Gefängnis, von Provinz zu Provinz geschleppt, bis ihre Spur sich verliert und der schließliche Mord kaum mehr aufzuklären ist.

▷ Politische Führer und Menschenrechtler werden im allgemeinen nicht entführt, um zu «verschwinden», sondern auf der Stelle ermordet. Dies war der Fall bei Jaime Pardo Leal, dem Führer der «Patriotischen Union», einer Partei, die innerhalb von zwei Jahren mehr als 450 Mitglieder durch Mord verloren hat. Dies war der Fall bei mehreren engagierten Priestern und Menschenrechtlern.

▷ Die paramilitärischen Gruppen, die für das Militär die Dreckarbeit erledigen, haben eine Ausbildung und Ausrüstung, die in ihrer Perfektion nur von den Militärs selbst stammen kann.

▷ Daß die Regierung Betancourt diese Menschenrechtsverletzungen deckt, wird schon daraus ersichtlich, daß die Angehörigen von Verschwundenen unzählige Male den Präsidenten um ein Gespräch gebeten haben ohne je angehört worden zu sein. Ebensooft gab es schriftliche Anfragen nach dem Verbleib eines Familienmitglieds – und nie eine Antwort.

Das Gesicht hinter der Zahl

So geht das drei Tage lang im schäbigen-Festsaal des «Ritz», San Salvador. Länderberichte, Analyse dessen, was geschieht, warum es geschieht, wie man was ändern könnte. Jemand sagt: «Es stimmt, wir haben heute in Lateinamerika weniger Diktaturen als noch vor ein paar Jahren. Wir haben weniger politische Gefangene, dafür aber mehr Friedhöfe – ohne Frieden.» Zwar hat offiziell die Kirche von El Salvador das Patronat über den verhinderten Kongreß übernommen, doch muß man schon zur Sonntagsmesse in die Kathedrale gehen, um Erzbischof Rivera y Damas zu Gesicht zu bekommen. An diesem November-sonntag erwähnt er zwar kurz die Verhaftung von 13 Personen in Sta. Tecla, beklagt jedoch zugleich die Tatsache, daß in den «kontrollierten Gebieten» die Aufständischen seine Katechisten in der Arbeit behindern würden. Ausgewogenheit ist angesagt, um so mehr, als sich an diesem Morgen in San Salvador zwanzig Kameras auf einen prominenten Gläubigen richten: Rubén Zamora, Oppositionspolitiker der FDR, ist nach acht Jahren Exil zu Sondierungsgesprächen in sein Land zurückgekehrt. Präsident Duarte erklärt, den Schutz der Person könne er nicht garantieren, beschämendes Eingeständnis der Schwäche gegenüber den Todesschwadronen. 997 Fälle schwerer Folter, allein im ersten Halbjahr 1987, werden diesen Killertruppen zur Last gelegt.

Die Zahl hat ein Gesicht. Das Gesicht von Carmen etwa. Carmen dürfte so alt sein wie ich. Tausendmal leidgeprüfter, tausendmal mutiger: 14 Verschwundene allein in ihrer engsten Familie, drei Söhne darunter. Als die Mutter in Militärlagern und Kasernen nach ihren Kindern suchte, wurde sie verhaftet und gefoltert. In einem Winkel des Saals zeigt sie mir die riesige Narbe einer herausgerissenen Brust. Ja – und dann, später – hat man ihr noch einmal sechs Kugeln in den Unterleib gejagt. Trotzdem ist sie hier; das *Trotzdem* gerinnt zu der uns allen gestellten Frage: Wie viel Mut hat ein Mensch? Wie viel Mut muß er haben, damit das Morden ein Ende findet?

Stille und Schrei

Die brutalen Foltermethoden, die Methode des «Verschwindenlassens», der dauernde Druck von Erpressung und Angst, das bewußt gesäte Mißtrauen – all das schreit zum Himmel. Neben dem schreienden Elend aber existiert auch das Andere, das leise. Eine kleine Szene während des FEDEFAM-Forums macht es mir bewußt: Ich beobachte ein junges Mädchen, das während der Referate still vor sich hinweint und dabei die Schultern einer verhärmten Frau streichelt, offenbar die Mutter. In einer Vortragspause spreche ich die beiden Frauen an. Und wieder spult sich jener Faden von Leid und Tapferkeit ab, an dem hier alle FEDEFAM-Mitglieder zu hängen scheinen: Aus Honduras kommen Mutter und Tochter; der Sohn, der Bruder ist verschwunden seit vier Jahren, ist aus dem Bus gezerrt worden an der Grenze; er war der einzige Ernährer der Familie. Seither das nackte Elend: Um am Forum teilnehmen zu können, hat die Mutter sich Bluse und Rock geliehen bei einer Nachbarin. Die Tochter mußte die Berufsausbildung abbrechen. Außer Bohnen und Bruchreis hat man schon seit Monaten nichts mehr gegessen. Gegenwart: keine! Zukunft: keine! Ähnliche Auskünfte aus El Salvador: Die Arbeitslosigkeit wird heute auf 40–60% geschätzt; hinzu kommen noch 20% Gelegenheitsarbeit, kommt der «informelle Sektor». Die Kindersterblichkeit steigt erneut, statt zu sinken; auf dem Land ist die medizinische Versorgung schlechter denn je; Kinderprostitution ist für Tausende von Familien die einzige Einnahmequelle; die Rückführung der Flüchtlinge schafft eine Fülle neuer Probleme; seit dem Erdbeben von 1986 gleicht die Hauptstadt San Salvador noch mehr einem Schutthaufen als je zuvor – aus dem allerdings einige Türme des Wohlstands herausragen. Wohlstand – für wen?

Einen Abend verbringt die kleine deutsche Delegation im «barrio 22 de abril»: 50000 Menschen, fast alle Flüchtlinge aus Konfliktzonen und deshalb verdächtig, 80% Arbeitslosigkeit im Viertel. Gelegentlich die Chance, auf dem Bau drei Dollar am Tag zu verdienen – doch wer baut schon in diesem Land? Gelegentlich die Chance (für Frauen und Kinder), ein paar «colones» auf dem Straßenmarkt einzunehmen. Zehn «colones», erzählt man uns, seien schon ein Glücksfall. Zwei Dollar für 12–14 Stunden Markttag! Fleisch, hören wir von den Bewohnern, sei längst ein Fremdwort geworden.

Theorie und Praxis

Und jetzt haben sie Maria abgeschleppt, eine Familienmutter, deren beide Söhne bereits im Gefängnis gewesen waren. Maria kommt aus einer Konfliktzone hinter dem Vulkan; vielleicht hat sie Verbindung mit den Aufständischen? Wer hat dies nicht? Wer kann solche Kontakte und Verbindungen vermeiden? Niemand – sagt der Deutsche P. Jerry, eine germanische Prachtgestalt von Dominikaner, ein starker, stiller Mann der Kirche hier im «barrio». Jahrelang hat P. Jerry sich im Lager «Mesa Grande» an der honduranischen Grenze um die Flüchtlinge gekümmert; dann wurde er ausgewiesen. Jetzt hat er hier, am Saum der Hauptstadt, sein eigenes «Flüchtlingslager» – alle «Verdächtige», alle Sympathisanten der Guerilla, latente Feinde des Regimes. Das «barrio 22 de abril» ist eine «heiße Gegend», ein Ort der «orejas» (Spitzel) und Verräter – selbst innerhalb der Kirchengemeinde, wie P. Jerry bekümmert eingesteht. Ein Ort des Elends, wo alles käuflich wird, weil es Unkäufliches nicht mehr gibt, um zu überleben. (Mikrokosmos des Landes!) Aber auch ein Ort des Erbarmens. Die vier Kinder Marias befinden sich in sicheren Verstecken; die Gemeinde organisiert einen Fastentag und einen Gebetsabend für Maria, die Verschwundene, und für zwei Jugendliche aus dem Viertel, Neffen eines kürzlich ermordeten Priesters, die man ebenfalls in den Cherokee-Wagen mit den getönten Scheiben gezerrt hat: Luis Antonio Grande Donján, Michel-Ange Grande Donján!

Das Grauen hat ein Gesicht, einen Namen; tausend Gesichter und tausend Namen. Am Abend beten wir. Beten in der Wellblechkapelle an gegen das Grauen, gegen diese man-made-Entsätzlichkeiten. Wie blutrünstig sind die Ideologien, wie friedenshungrig ist dieses Volk! Und wenn Frieden sein dürfte, fragen die Frauen im FEDEFAM-Forum ebenso wie in der armseiligen Kirche des «barrio 22 de abril». Wenn Frieden sein dürfte, wie leisten wir *Versöhnung*? Wie sollen wir es schaffen, die Soldaten, die Paramilitärs (auch unsere Söhne) hineinzunehmen in einen Friedensprozeß? Ohne Haß, ohne Rache? Wird da nicht zuviel verlangt von einem ausgebluteten Volk?

Am nächsten Tag stehe ich in «Calle Réal», einem Flüchtlingslager, das von der katholischen Kirche betreut wird, einmal mehr einer Frau meines Alters gegenüber. Sie führt uns durch die Anlage, energisch, wortkarg. Und nur ganz beiläufig erfahre ich, daß sie Mutter von elf Kindern ist – vier verhungert in den Bergen, vier zwangsrekrutiert von der Armee; Segundo Montes hat recht: dieser infame Krieg ist ein «totaler». Und ein außengesteuerter. Nicht ohne Grund richten die FEDEFAM-Mitglieder einen «offenen Brief» an Präsident Reagan mit der eindringlichen Bitte, jede Form der Hilfe einzustellen.

Kraft und Widerstand

Das Forum ist alles andere als ein «Tränensee». Es ist ein Ort der Betroffenheit, ein Ort der Entschlossenheit. «Nicht weinen», sagt im Vorbeigehen die Brasilianerin zu der Kindfrau aus Honduras – «jetzt ist die Zeit des Kämpfens.» Das Weinen ist dennoch da, gleich hinter den Augen. Äußerlich organisiert man sich, plant die nächsten Kampagnen, plant den VII. Kongreß, der satzungsgemäß immer in dem Land stattfinden soll, das von Menschenrechtsverletzungen am stärksten betroffen ist. Kolumbien? Oder Guatemala, das bis heute die höchste Zahl an Verschwundenen, Gefolterten und politischen Häftlingen hat. Man wird sehen, was in sechs Monaten machbar ist.



Fastenopfer der Schweizer Katholiken

Wenn Sie Freude haben an weltweiten Kontakten im Rahmen eines kirchlichen Hilfswerks, können wir Ihnen eine anspruchsvolle und interessante Stelle anbieten als

Ressortchefin/Ressortchef Entwicklungszusammenarbeit

Aufgaben

Führung des Ressorts, Koordination der Aufgaben unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Entwicklungsressorts, Verantwortung für die Zusammenarbeit mit der Expertenkommission, Kontakte zu den Projektverantwortlichen in der Schweiz und in der Dritten Welt, Mitwirkung an ressortübergreifenden und hilfswerkpolitischen Aufgaben, Vertretung des Fastenopfers in nationalen und internationalen Gremien, Beteiligung an Bildungs- und Informationsaufgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, Bearbeitung von Projekten.

Wir erwarten

Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit, Interesse und Verständnis für ein kirchliches Engagement, gute Allgemeinbildung (Universitätsabschluß keine Bedingung), gute Kenntnisse in Deutsch, Französisch, Englisch und evtl. Spanisch, Teamfähigkeit, Kontaktfreudigkeit, Organisationstalent.

Wir bieten

verantwortungsvolle und abwechslungsreiche Stelle, Kontakte zu Ländern der Dritten Welt und deren Bevölkerung, zeitgemäße Lohn- und Sozialleistungen, gleitende Arbeitszeit.

Eintritt

auf den 1. Juni 1988 oder nach Vereinbarung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an die Direktion der Zentralstelle Fastenopfer, Habsburgerstr. 44, 6002 Luzern.

- Pflichtenheft zur Verfügung
- Auskünfte: Personalchef, Tel. (041) 23 76 55

Daß Menschenrechtsorganisationen, wie sie hier in FEDEFAM zusammengeschlossen sind, für die Machthaber zumindest die Bedrohung darstellen, daß sie an der demokratischen Fassade kratzen, wird an den vielen Morden deutlich. Allein in einem Monat 1986 wurden in El Salvador sieben Mitarbeiter verhaftet; 1987 begnügte man sich nicht mehr mit Verhaftungen; man tötete auf offener Straße. Die Bedrohung – darüber ist man sich einig – nimmt zu. Auch gegen die Genossenschaften, die Studenten, die rückkehrenden Flüchtlinge. Einige der aktiven Frauen und Mütter sind verschwunden, andere – wie die Frau des erschossenen Menschenrechtlers Herbert – werden ins Exil gedrängt, die Drohungen gegen die Zurückbleibenden häufen sich. «Das Schlimme daran ist nicht so sehr, daß wir bedroht werden, sondern daß man sich an unseren Familien rächt», sagt Gina. Ihr Vater hatte herausgefunden, daß gewisse Minen nicht, wie von der Propaganda behauptet, von den Aufständischen gelegt worden waren, sondern von den Militärs selbst. Er verschwand.

Nicht ganz ohne Grund «lummeln» vor dem Saal des «Ritz», an der «piscina» und im Foyer ein paar junge Männer, die die Delegationsteilnehmer bitten, ihre Namensschilder abzunehmen, ehe sie die Straße betreten. Gottlob ist in diesen Tagen die Wachsamkeit der Herrschenden durch den Besuch der Oppositionspolitiker abgelenkt.

«Schwesterlichkeit»

Im Forum wird hart gearbeitet, 12-14 Stunden am Tag. Und doch ist das Klima völlig verschieden von allem, was ich bisher an Kongressen erlebt habe. Härte in der Sache, ja (die Länderberichte sind oft wissenschaftlich genaue Situationsanalysen) – im menschlichen Umgang aber Einfachheit, Wärme, Nähe. Wie von selbst ergibt es sich, daß in einem Winkel zwei Mädchen sich ablösen, um für die nicht Spanisch sprechenden Teilnehmer zu dolmetschen. Zu den schwesterlichen Selbstverständlichkeiten scheint es auch zu gehören, daß die wohlorganisierten Gruppen, wie die der Mütter aus Mexiko, den noch unsicheren Delegationen aus kleinen Nachbarländern helfen, sich zu organisieren. Ebenso selbstverständlich faßt eine junge Bolivianerin in einem Referat die Aussagen der sieben Delegationen zusammen, denen die Einreise verweigert worden war – macht sich zu ihrer Stimme. Daß wir – eine Handvoll Nichtlateinamerikanerinnen – das Forum begleiten, wird stumm und dankbar zur Kenntnis genommen. Manchmal, im Vorbeigehen, streichelt eine Hand meinen Arm, blinkt das kleine, zahnlose, um Versöhnung bittende Lächeln einer salvadorianischen Bäuerin auf, darf ich ein Kind halten, während die Mutter ans Podium tritt. Geheimnis – wie inmitten all dieser Berichte über Gewalt und Menschengemeinheit und Tod –, wie inmitten des Grauens *Schwesterlichkeit* geschieht. Auch quer durch alle gesellschaftlichen Schichten; die Professorenfrau aus Mexiko trägt das Photo des verschwundenen Sohnes nicht anders an der Brust als die Campesina aus Honduras oder die Mulattin aus Haiti.

Und noch ein Geheimnis dieser Tage: Wie ist es möglich, daß diese Frauen, denen die Macho-Gesellschaft Lateinamerikas jahrhundertlang das Leben schwer und demütig gemacht hat, wie ist es möglich, daß diese Frauen nun mit Reife, Klugheit und Mut antreten, um zu kämpfen gegen die Männerwelt und für die Männer?

«Kultur des Leidens»

Viel wird geredet in jüngster Zeit von der Armut, die ihre eigenen kulturellen Ausdrucksformen entwickelt. Auch das *Leiden* – so wurde mir in San Salvador deutlich – ist voll kreativer Kräfte. So sind etwa viele der Plakate der Müttergruppen wahre Kunstwerke, eigenwillige Dokumente der Eindringlichkeit; Photoraster: Ein Mensch liegt auf der Straße; im zweiten Bild beginnt er, sich aufzulösen; im dritten verschwimmen die Um-

risse, werden zu Schatten; im vierten Bild ist schließlich auch der Schatten aufgesogen von der Erde. Überschrift: «desaparecido». Oder das Jugendstilposter aus Mexiko: eine Hälfte des Bildes: heitere, blumenbekränzte Menschenwesen mit ausgestreckten Armen. Die andere Hälfte: grau – die ausgestreckten Arme in Richtung Leben nur angedeutet – «presos políticos».

Ähnlich die Lieder, die in diesen Tagen immer wieder gesungen, gespielt, getanzt wurden vor den Frauen: Protestlieder, doch immer mit einem Kern voller Sehnsucht, Süße, Hoffnung! Am letzten Abend schleicht sich eine Gruppe von jungen Tänzern in den Saal; Ausdrucksanzug – drei Mütter suchen nach ihren gequälten, verschwundenen Söhnen! Jetzt – endlich – weinen die einfachen Frauen Salvadors; das ist *ihre* Geschichte, die hier – künstlerisch verfremdet – erzählt wird. Eine Stimme an meinem Ohr sagt: «Das muß man wissen, daß für die

Frauen Lateinamerikas die *Söhne* die eigentlichen Geliebten sind – viel mehr als die Männer. Der Tanz drückt auch das aus ...»

Wie man sich schließlich trennt, ist es Mitternacht in San Salvador. Die beiden Frauen aus Honduras – Mutter und Tochter – bitten mich noch für einen Augenblick in ihr Zimmer. Morgen früh werden sie mit dem Bus in ihr Land zurückfahren; mit dem gleichen Bus, aus dem einst der Sohn gezerrt worden ist – «desaparecido». Die Tochter bittet darum, mir schreiben zu dürfen; die Mutter kann nicht schreiben. Für unser Kommen bedankt sie sich, streichelt mein Gesicht.

Wie viele Leben ist es her, daß soviel Schmerz, soviel Mütterlichkeit, soviel Menschengnade (seit Salvador weiß ich, daß es das gibt) mein Gesicht gestreichelt hat?

Marietta Peitz, Waakirchen

MENSCHENRECHTE IN POLEN

Entwicklung und derzeitiger Stand

In der Frage der Menschenrechte hebt sich Polen in mehrfacher Hinsicht von den übrigen sozialistischen Ländern Ostmitteleuropas ab: Im Vergleich zu den sozialistischen «Bruderländern» erscheint Polen als relativ liberal, so daß bei oberflächlicher Betrachtung der Eindruck entsteht, die Menschenrechte würden weitgehend respektiert. Allein die Tatsache, daß sich in Polen politische Kritik relativ ungestört artikulieren kann und der Begriff der «Opposition» selbst in den staatlichen Medien begegnet, könnte als Beweis dafür dienen, daß die politischen Grundrechte; wenngleich eingeschränkt, so doch größtenteils realisiert werden. Andererseits stellt sich Polen gerade aufgrund dieses Faktums als ein sozialistisches Land deutlicher Menschenrechtsverletzungen dar, ist es doch die Opposition, die diese öffentlich macht und die Einhaltung der Menschenrechte einklagt, während in den übrigen sozialistischen Ländern die staatlichen Repressionsmechanismen eine oppositionelle Öffentlichkeit in der Menschenrechtsfrage weitgehend zu verhindern wissen. Hinzu kommt, daß aufgrund einer bis ins 16. Jahrhundert zurückreichenden republikanischen Tradition das gesellschaftliche Bewußtsein des polnischen Volkes gegenüber Angriffen auf Recht und Würde von Person und Nation äußerst sensibel reagiert. Dieser hohe Bewußtseinsgrad in der Menschenrechtsfrage konnte zu keiner Zeit der sozialistischen Nachkriegsentwicklung durch die herrschende Partei eingeholt, geschweige überholt werden, so daß sich in Polen ein deutliches und zunehmendes Spannungsverhältnis von politischem System und politischer Kultur herausgebildet hat, das den zahlreichen politischen Krisen zugrunde liegt, in denen es im Kern jeweils um ein Aufbegehren der Gesellschaft gegen die Verweigerung von Grundrechten ging, und zwar sowohl von persönlichen, bürgerlichen und politischen als auch von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Schließlich ist noch die katholische Kirche zu nennen, die durch ihre historische, zumal in der Zeit der polnischen Teilungen ausgeprägte Rolle, Manifestation und schützender Hort der Nation zu sein, auch im sozialistischen Polen ihre Pflicht darin sieht, nicht nur um die Wahrung eigener Rechte zu kämpfen, sondern gleichfalls ihre Stimme zu erheben, wo ihr Rechte der Nation wie der Person gefährdet erscheinen.

Warum sozialistische Verfassung von Bürgerrechten spricht

Diese spezifisch polnische Konstellation in der Menschenrechtsfrage legt es nahe, zunächst die sozialistische Menschenrechtskonzeption darzulegen, um dann das Spannungsverhältnis von sozialistischem System und politischer Kultur in der Menschenrechtsfrage näher zu untersuchen, wobei anhand von politischen Krisen Position und Engagement der Opposition wie der Kirche Berücksichtigung finden sollen.

Die Verfassung der Volksrepublik Polen spricht – ähnlich wie die Verfassung anderer sozialistischer Länder – nicht von Menschen-, sondern von Bürgerrechten. Diese terminologische Feinheit ist nicht ohne Bedeutung, da sich nach marxistischer Auffassung die Grundrechte des Bürgers nicht aus dem Wesen der Person ergeben, wie dies beispielsweise Lehre der Kirche ist, sondern als Folge eines historischen Prozesses der bürgerlichen Gesellschaft. So gesehen liegt die sozialistische Menschenrechtskonzeption einerseits in der Tradition der Aufklärung, die – ausgehend vom Modell des Gesellschaftsvertrages – die Bürgerrechte gegenüber der staatlichen Gewalt als Grundrechtsforderungen zu definieren versucht – ein in der historischen Etappe des aufkommenden Bürgertums progressiver Akt, der über die Französische Revolution die bürgerliche Gesellschaft aus feudalistischen und absolutistischen Fesseln befreien sollte. Andererseits aber ist nach marxistischer Auffassung die bürgerliche Menschenrechtskonzeption eine Verschleierung bürgerlicher Klasseninteressen, die unter anderem darin ihren Ausdruck findet, daß die Bürgerrechte als Menschenrechte deklariert werden, wie dies bereits in der Französischen Revolution durch die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte seitens der Konstituierenden Versammlung am 26. August 1789 geschehen ist, die mit dieser Verallgemeinerung ihr spezielles Klasseninteresse als allgemein menschliches ausgab.

Gegen diese Gleichsetzung von Bürgerrecht und Menschenrecht richtet sich der marxistische Protest. Die marxistische Strategie zielte und zielt darauf, die Bürgerrechte im eigenen Klasseninteresse zu nutzen, sie also dem revolutionären Klassenkampf ein- und unterzuordnen. Der Marxismus-Leninismus sieht sich dazu legitimiert, weil nach seiner Auffassung die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft aufgrund ihrer Ausbeutungs- und Entfremdungsstrukturen jeden harmonischen Ausgleich zwischen Individuum und Gesellschaft trotz aller bürgerlichen Grundrechtskataloge verhindert. Erst die sozialistische Revolution mit dem Sieg der Arbeiterklasse unter der Avantgarde der Partei und die Sozialisierung der Produktionsmittel schafft die Ausgangslage für eine sozialistische Gesellschaft, die jeglichen Klassenantagonismus beseitigt und jedem Bürger eine optimale Persönlichkeitsentwicklung ermöglicht.

Diese – hier kurz skizzierte – ideologische Bestimmung marxistischer Menschenrechtskonzeption steht hinter jeder sozialistischen Verfassung, auch der polnischen. Entsprechend haben Aufbau und Entwicklung des Sozialismus, seine Machtstrukturen und seine Gesellschaft Vorrang vor den Bürgerrechten. Daß in der polnischen Verfassung die Bürgerrechte in der Reihen- und Rangfolge den grundsätzlichen Strukturen von Staat und Gesellschaft folgen, bedeutet nichts weniger, als daß damit

die gesellschaftlichen Grundlagen für die Realisierung der Bürgerrechte gelegt werden, die ihrerseits nur im Rahmen eben dieser sozialistischen Gesellschaft ausgeübt werden können. Was einem Marxisten als *conditio sine qua non* ihrer Verwirklichung erscheinen mag, ist für einen Nichtmarxisten eine einschneidende Begrenzung der Menschenrechte durch das politische System. Diese weitgehenden Interpretationsunterschiede bei gleichlautenden Begriffen sind nicht immer genügend bewußt, wo es im ost-westlichen Dialog, aber auch innerhalb der sozialistischen Länder, um Fragen der Menschenrechte geht.

Lücken im Rechenschaftsbericht an UNO-Ausschuß von 1979

Polen ist 1977 – übrigens als letztes Land der Warschauer-Pakt-Staaten – dem bereits 1966 von der UNO verabschiedeten Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beigetreten und hat mit einer Verzögerung von einem Jahr seiner Verpflichtung entsprochen, dem UNO-Ausschuß für Menschenrechte einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Dieser Bericht behauptet, daß Polen seinen internationalen Menschenrechtsverpflichtungen in vollem Umfang nachkomme und alle Menschenrechte respektiert würden. In ihm finden sich nicht einmal Hinweise darauf, daß bestimmte Umstände die Verwirklichung einzelner Menschenrechte schwierig gestalten, wobei als Beweisgrund für die Einhaltung der Menschenrechte in der Regel die Zitation einzelner Artikel der Verfassung für ausreichend erachtet wird.

Eine kritische Untersuchung des Berichts¹ zeigt indes, daß die international übernommenen Verpflichtungen zu polnischen Rechtsnormen und mehr noch zur polnischen Rechtswirklichkeit in Widerspruch stehen. Wählen wir aus der Fülle des Materials zwei Beispiele:

Artikel 1 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte beinhaltet das Recht auf Selbstbestimmung, wonach «alle Völker frei über ihren politischen Status entscheiden und in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung gestalten».² Der polnische Bericht bedient sich hier eines primitiven Tricks, indem Artikel 1 des Paktes ausschließlich in dem Sinne interpretiert wird, das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker zu respektieren. Abgesehen davon, daß auch dieses Recht durch die Teilnahme an der Intervention in der CSSR im Jahre 1968 verletzt wurde, ist selbstverständlich auch und vor allem gemeint, ob das Recht auf Selbstbestimmung des eigenen Volkes respektiert wird.

Die Ausklammerung dieser Frage kommt einer Verschleierung gleich und offenbart hinter der Maske der Selbstgerechtigkeit ein schlechtes Gewissen. Wie in den Verfassungen der übrigen sozialistischen Länder, so ist auch in der polnischen Konstitution der politische Führungsanspruch der kommunistischen Partei festgeschrieben (Artikel 3.1). Dem entspricht die Praxis der Wahlen, die aufgrund von Einheitslisten den Hegemonieanspruch der Partei auf allen Ebenen sichern. Die politischen Krisen Polens offenbaren nun aber einen eklatanten Vertrauensschwund der Partei, ihre Unfähigkeit, die Probleme des Landes zu lösen, und die Stabilisierung ihrer Macht geschieht auf Kosten einer weitgehenden Ausgrenzung gesellschaftlicher Kräfte, wodurch weitere politische Grundrechte verletzt werden. Bezieht man in die Beurteilung noch die Entwicklung nach Vorlage des Berichts ein, vor allem die durch die Gewerkschaft «Solidarność» ausgelöste breite Demokratisierung der Gesellschaft, die auf eine Beseitigung der Hegemoniestellung der Partei und eine Umformung des Systems im Sinne einer «selbstverwalteten Republik» abzielte, ein Prozeß, der mit der Verhän-

gung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 gewaltsam unterbunden wurde, dann wird vor aller Welt deutlich, daß von einer Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung in Polen keine Rede sein kann.

Nehmen wir als zweites Beispiel die Artikel 7 und 10 des Paktes, nämlich das «Verbot von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe; menschliche und würdige Behandlung der Verhafteten und Gefangenen».³ Auch hier zitiert der Bericht die Auffassung, die in Artikel 87.1 «den Bürgern persönliche Unverletztheit» garantiert, ohne daß allerdings an dieser oder einer anderen Stelle die Anwendung der Folter ausdrücklich untersagt und eine menschlich würdige Behandlung Verhafteter und Gefangener erwähnt wäre. Der Bericht beschränkt sich auf das Vollzugsstrafrecht, wo es in Artikel 7.3 heißt: «Strafen werden in einer humanen Weise, mit der Respektierung der menschlichen Würde des Verurteilten, vollzogen.»

Die Rechtsnorm ist allerdings durch die Rechtspraxis in keiner Weise gedeckt, ein Widerspruch, der in dem Bericht verschwiegen wird, obgleich das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) in einer außerhalb der Zensur publizierten «Dokumentation des Unrechts» die Weltöffentlichkeit sowohl über Polizeimorde als auch über Folterungen der im Zusammenhang mit den Unruhen des Jahres 1976 verhafteten Arbeiter informiert hatte. Auch von einem humanen Strafvollzug kann keine Rede sein. In einer vom KOR unmittelbar vor dem Papstbesuch des Jahres 1979 herausgegebenen Erklärung heißt es unter anderem: «Sadismus und Grausamkeit, in unseren Strafanstalten ständig gegenwärtig, erlauben es nicht, in ihnen eine Institution, die eine vernünftige Resozialisierungspolitik betreibt, zu erblicken, sondern ein System der Verletzung der Menschenwürde.»⁴ An dieser Praxis hat sich auch in den achtziger Jahren nichts geändert, wie der brutale Mord an dem Priester Popieluszko durch Offiziere des Sicherheitsdienstes sowie wiederholte Hungerstreiks in den polnischen Gefängnissen beweisen. Immerhin ist im Falle des ermordeten Priesters Popieluszko ein – wengleich aufgrund der Zeugenlage unumgänglicher – Prozeß geführt worden, ohne daß allerdings die volle Wahrheit zu Tage getreten wäre, und der zudem die Tendenz zeigte, das Opfer als staatsfeindliches Element abzustempeln und zu diffamieren.

Republikanische Tradition und sozialistisches System

Wir hatten bereits darauf verwiesen, daß die polnische Gesellschaft aufgrund einer bis ins 16. Jahrhundert zurückreichenden republikanischen Tradition ein besonders ausgeprägtes Bewußtsein nationaler und personaler Menschenrechte besitzt und diese auch in Zeiten der Bedrängnis zu verteidigen weiß. Diese für die Wahrung der Menschenrechte besonders sensible politische Kultur steht in einem deutlichen Spannungsverhältnis zum sozialistischen System, dessen Menschenrechtsideologie und -praxis innerhalb der polnischen Gesellschaft auf breite Ablehnung stößt.

Wie stark die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte mit der republikanischen Tradition Polens verbunden ist, läßt sich im Kontext der politischen Krisen deutlich machen. Beispielhaft ist hier die breite Diskussion um die Novellierung der Verfassung, wie sie die polnische Gesellschaft der Jahre 1976/77 bewegte. Kern des Protestes war die Absicht der Regierung, die Führungsrolle der Partei verfassungsmäßig noch stärker zu verankern, und dies bei gleichzeitiger Bindung an die Sowjetunion, worin eine breite Öffentlichkeit einen eklatanten Verstoß gegen die Souveränität der polnischen Nation und des polnischen Staates sah. Eine wichtige Eingabe war in diesem Zusammenhang der von rund 40 000 Polen unterstützte «Brief der 59». Darin berufen sich die Verfasser auf die auch von Polen

¹ R. Szawłowski, Die Berichte der osteuropäischen Staaten zur Verwirklichung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Eine Analyse anhand des polnischen Beispiels. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 32/1980.

² Ebd. S. 9 ff.

³ Ebd. S. 15 ff.

⁴ Ebd. S. 18.

mitgetragene KSZE-Konferenz von Helsinki und deren Bekräftigung der Menschenrechte. Sie fordern im Anschluß an diese Konferenz die Einführung grundlegender bürgerlicher Freiheiten, womit in der Geschichte der polnischen Nation «ein neuer Abschnitt» beginnen würde. Im einzelnen führen sie an politischen Rechten, die nicht gewährleistet sind, die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Freiheit der Arbeit, die Freiheit der Rede und der Information sowie die Freiheit der Forschung an. Sie begründen ihre Eingabe damit, daß systembedingt eine Vielzahl von Bürgern von Funktionen in Staat und Gesellschaft ausgeschlossen sind, zu denen sie aufgrund ihrer Qualifikation berufen wären; daß «der Staat der einzige Arbeitgeber ist» und die Gewerkschaften unter der Vormundschaft der Partei stehen, so daß die Arbeiter keine Möglichkeit haben, ihre Rechte und Interessen frei zu vertreten; daß die Zensur jede öffentliche Meinungsbildung verhindert und die Forschung nach Auswahl der Wissenschaftler und Projekte von «politischen Erwägungen» der herrschenden Partei abhängt. Wörtlich heißt es dann: «Die Bekräftigung der Bürgerrechte wäre mit der vorgeschlagenen verfassungsrechtlichen Anerkennung der Führungsrolle einer Partei innerhalb des Staatssystems nicht zu vereinbaren ... In einem solchen Rahmen wäre es unmöglich, den Sejm als souverän zu betrachten, die Regierung als die oberste Exekutivgewalt oder die Judikative als unabhängig.»⁵

Bezugnahme auf Gewaltenteilung und Pluralismus

Die Berufung auf die Menschenrechte steht damit in einem deutlichen Bezug zur eigenen republikanischen Tradition der Gewaltenteilung und eines gesellschaftlichen Pluralismus. Noch klarer bringt W. Bienkowski, ehemals ranghoher Parteifunktionär, 1968 aus der Partei ausgeschlossen, den Zusammenhang von republikanischer Tradition und bürgerlichen Grundrechten zum Ausdruck. In Anspielung auf die unterschiedlichen politischen Kulturen der Sowjetunion und Polens schreibt er in einem «Offenen Brief an die Behörden der Volksrepublik Polen in Sachen der Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion» u. a.: «Dieser Unterschied in den Traditionen fand krassen Ausdruck in der Diskussion über die Verfassungsänderung. Die Lebhaftigkeit der Reaktionen und der starke Widerhall in der Bevölkerung sollte niemanden überraschen – sie ergeben sich aus der Tatsache, daß Polen ein Land mit den ältesten demokratischen Traditionen in Europa ist ... und daß auch diejenigen Polen, welche die Geschichte ihres Landes nicht studiert haben, sie schon mit der Muttermilch eingesogen.»⁶ In einem Offenen Brief des angesehenen Wissenschaftlers und Oppositionellen E. Lipiński an Parteichef Gierek heißt es klipp und klar: Wir brauchen «eine Opposition: eine legale Opposition, mit Rechten, wie sie der verfassungsmäßig garantierten Freiheit des Zusammenschlusses und der Versammlung entsprechen. Politischer Pluralismus kommt auch zum Ausdruck in der Freiheit der Gewerkschaften, der Konsumentenvereine und der Presse. Wenn es erlaubt ist, eine allzu oft mißbrauchte Formel zu verwenden, so möchte ich sagen: Jede Entwicklung setzt Widersprüche voraus. Und diese Widersprüche müssen die Möglichkeit haben, sich frei zu äußern. Nur das System der parlamentarischen Demokratie bietet diese Möglichkeit.»⁷

Ähnliche Zitate ließen sich mit Leichtigkeit im Kontext anderer politischer Krisen beibringen, wobei den 16 Monaten «Solidarność» eine besondere Rolle zukommt, weil in dieser Phase zwischen dem August 1980 und dem 13. Dezember 1981 nicht nur Forderungen gestellt und Programme gemacht wurden, die sich am Zusammenhang von republikanischer Tradition und bürgerlichen Grundrechten orientierten, in dieser Zeit wurde viel-

mehr, an der Partei vorbei, durch den Ausbau zahlreicher horizontaler Selbstverwaltungsstrukturen ein hohes Maß an Verwirklichung von Grundrechten erreicht, ein Prozeß, der den Hegemonieanspruch der Partei unterlief und doch letztlich an ihm scheiterte. Das Problem aber ist bis heute ungelöst. Ihrer eigenen Tradition verpflichtet, ist die polnische Gesellschaft zutiefst davon überzeugt, daß nur ein parlamentarisches System die Rechte der Nation wie der Person zu garantieren vermag. Damit unterliegt das sozialistische System auch weiterhin einem gesellschaftlichen Reformdruck, dem es mit einer Doppelstrategie von Abwehr und Integration begegnet.

Katholische Kirche als Anwalt der Menschenrechte

In der über vierzigjährigen Nachkriegsgeschichte Polens kann die katholische Kirche das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in zahlreichen Stellungnahmen und Hirtenbriefen des Episkopats, in Predigten vor Hunderttausenden von Gläubigen sowie in ihrer Gemeindepastoral immer wieder den Machthabern gegenüber als Anwalt der Menschenrechte aufgetreten zu sein. Auch diese Rolle ist geschichtlich vermittelt: Die vor über einem Jahrtausend mit der Staatswerdung Polens grundgelegte Einheit von Kirche und Nation wurde – anders als in westeuropäischen Ländern – niemals aufgelöst, weder durch die Reformation, noch durch die Aufklärung und auch nicht durch die für die moderne Industriegesellschaft typische Säkularisierung. Zudem übernahm die Kirche in der langen Phase polnischer Teilungen die Aufgabe, die Identität der Nation zu wahren und für ihre Rechte gegenüber den Teilungsmächten einzutreten. Diese Rolle eines Anwalts der Nation hat sie während des Zweiten Weltkriegs und der Okkupation gleichfalls wahrgenommen, so daß sie, durch eine reiche geschichtliche Erfahrung vorbereitet, auch im sozialistischen Polen ihre Aufgabe als Manifestation und schützender Hort der Nation wahrnehmen konnte und wahrgenommen hat.

Für die polnische Kirche ergeben sich freilich die Menschenrechte primär nicht aus einer Analyse gesellschaftlicher Prozesse, und sie steht mit ihrer Menschenrechtskonzeption auch nicht in der Tradition westeuropäischer Aufklärung. Grundlage der Menschenrechte ist für sie eine christlich orientierte Anthropologie, nach der der Mensch als Gottes Ebenbild und Person unabdingbar Rechte besitzt, die gegenüber gesellschaftlichen und politischen Strukturen einen Vorrang besitzen, also nicht aus dem historischen Prozeß ableitbar sind.

Es ist bekannt, daß in der westeuropäischen Geschichte die Kirche in den letzten zwei Jahrhunderten in einen Konflikt mit der aus den Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution resultierenden Erklärung der Menschenrechte geriet. Dieser westeuropäische Konflikt, auf den hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann, tangierte allerdings die polnische, im Bündnis mit der traditionell republikanischen Nation stehende Kirche ungleich weniger als dies für die westeuropäischen Kirchen der Fall war, die erst in unserem Jahrhundert, zumal durch die Erneuerung des II. Vatikanums, eine gewisse Autorität in der Menschenrechtsfrage zurückgewinnen konnten. Für Polens Kirche war hier kein Bruch, sondern eine Kontinuität gegeben. Dennoch gab es in Polens Nachkriegsgeschichte gewisse Spannungen zur laikalen Linken, die jedoch durch die Märzereignisse des Jahres 1968 weithin überwunden werden konnten.

Plädoyer der Kirche für die 68er Generation

Damals hatten Polens Studenten und Intellektuelle für mehr Freiheit im Geistes- und Kulturleben demonstriert, angeführt von Studentenführern, die der laikalen, traditionell antiklerikalen Linken zuzurechnen waren. Für diese war es ein Schlüsselereignis, als die Kirche in einer «Stellungnahme des polnischen Episkopats zu den schmerzlichen Vorgängen» vom 21. März 1968 sowie in Parlamentsvoten der Kirche nahestehenden Znak-Gruppe für die Studenten Partei ergriff, übrigens

⁵ Brief der 59, zitiert nach J. Kuroń, Gedanken zu einem Aktionsprogramm, in: J. Pelikán/M. Wilke, Menschenrechte. Rowohlt Taschenbuch, Reinbek 1977, S. 274–276.

⁶ Ebd. S. 313.

⁷ Ebd. S. 318.

als einzige Instanz im Lande. So heißt es in der genannten Stellungnahme des Episkopats: «Die gesellschaftlichen Beziehungen müssen so geregelt sein, daß die grundlegenden Rechte des Individuums und der Gesellschaft anerkannt werden. Diese Rechte sind das Recht auf Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe. Alle Probleme, die die Menschen heute trennen, müssen durch einen vertieften Dialog und nicht mit Gewalt gelöst werden. Nur so lassen sich Diskriminierungen vermeiden und vor allem Wahrheit und Gerechtigkeit in die menschlichen Verhältnisse bringen. Allein diese Methode entspricht der Menschenwürde, nur so festigt sich die moralische Kraft des Menschen. Mit der Anwendung von physischen Zwangsmitteln können die zwischen den Menschen und sozialen Gruppen bestehenden Spannungen nicht wirklich behoben werden. Brutaler Einsatz von Gewalt zieht die Menschenwürde in Mitleidenschaft und reißt alte schmerzhaftige Wunden auf, statt wirklich der Aufrechterhaltung des Friedens zu dienen. Deswegen wenden sich die polnischen Bischöfe in dieser Angelegenheit mit einer besonderen Denkschrift an die Obrigkeit in unserem Land.»⁸ Für Adam Michnik, einen der damaligen Studentenfürher und heutigen prominenten Oppositionellen der laikalen Linken, war dieses Plädoyer der Kirche für die 68er Generation polnischer Studenten und junger Intellektueller ein entscheidender Wendepunkt in der Einschätzung der Kirche bezüglich ihres Engagements in der Menschenrechtsfrage. Seitdem sieht die polnische Linke in der Kirche eine authentische Verteidigerin der Menschenrechte und eine Bündnispartnerin im Kampf gegen den die menschliche Person bedrohenden Totalitarismus politischer Gewalt.

Es wäre freilich übertrieben, von einer gemeinsamen Front zwischen der in Opposition zur Partei stehenden, der Idee eines «demokratischen Sozialismus» verpflichteten laikalen Linken und der katholischen Kirche in der Menschenrechtsfrage zu sprechen. Dazu sind die Argumentationsmodelle und Wirkungsebenen zu verschieden: Das Engagement der Kirche ist, wengleich von politischer Relevanz, religiös und nicht politisch motiviert, während die Opposition politische Ziele mit politischen Mitteln verfolgt. Die Kirche tritt in der Menschenrechtsfrage mit moralischer Autorität auf, die Opposition in Form politischer Analysen, Forderungen und Aktionen. Wengleich es zwischen beiden Gruppierungen auch Spannungen

⁸ Zitiert nach A. Michnik, Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog. München 1980, S. 75f.

BENEDIKTINER IN JERUSALEM

Wir sind eine benediktinische Gemeinschaft in Jerusalem auf dem Zion und in Tabgha am See Genesareth. Wir versuchen ökumenisch offen im Geist der Urkirche zu leben und laden ein zu einer

Zeit für Interessenten an unserem Klosterleben

Gemeinsame Themen, die unser Leben bestimmen und die Aspekte des Aufenthalts sein können:

Gemeinschaft und Mönchtum – Gebet und Arbeit – Bibel, Land der Bibel – Ökumene der Christen – Gespräch mit dem Judentum und Islam – Friedensarbeit und neue Wege der Sozialarbeit.

Wenn Sie sich vorstellen können, auf Ihrem Weg in die Zukunft mit uns auf dem Zion solche Themen anzusprechen oder sogar auf Dauer zu durchleben – mit welcher beruflichen Voraussetzung auch immer –, dann besuchen Sie uns.

Zeitraum: 20. Juli–20. August 1988

Anmeldung bis 31. März 1988 an

Dormition Abbey – Jerusalem – POB. 22 – Israel

gen gibt, weil die Kirche nicht mit allen Aktionen der Opposition einverstanden sein kann und diese von der Kirche mitunter ein stärkeres Engagement erwartet, eine Spannung, wie sie in der Phase von «Solidarność» zu beobachten war, so bietet doch die Kirche der Opposition einen moralischen Rückhalt und unter Umständen einen sehr konkreten Schutz.

Forderung nach Subjektsein für Bürger und Gesellschaft

Das Engagement der Kirche in der Menschenrechtsfrage im Detail aufzuzeigen, übersteigt den Rahmen dieser Überlegung. Sie hat sich in allen politischen Krisen mit bemerkenswerter Deutlichkeit zu Wort gemeldet und ist für die Rechte der Nation wie des einzelnen Bürgers eingetreten. So hat der polnische Episkopat in der erwähnten Verfassungsdiskussion in einem Schreiben an die Verfassungskommission des Sejm nicht nur die ihr speziell nahestehenden religiösen Rechte eingefordert, sondern darüber hinaus eine zu enge Bindung an die Sowjetunion mit dem Argument zurückgewiesen, dies könne «zur Begrenzung der Souveränität Polens und zur Einmischung der Nachbarstaaten in dessen innere Angelegenheiten führen». In gleicher Weise lehnte sie die «führende Rolle der Partei» ab, «weil sie den polnischen Pluralismus gefährden kann». Es war wohl vor allem der Einspruch der katholischen Kirche, der eine Abschwächung des ursprünglichen Verfassungsentwurfs zu verdanken ist, wodurch Polen der Titel einer «sozialistischen» Republik erspart blieb, die Partei nur als «führende politische Kraft der Gesellschaft» und nicht des Staates bezeichnet wurde und statt von einer «unantastbaren Bindung» nurmehr «von Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion» in der Novellierung der Verfassung die Rede ist. Damit blieb die Möglichkeit offen, sich in Menschenrechtsfragen auch in der nachfolgenden kritischen Entwicklung auf die Verfassung zu berufen, wie dies im August 1980 der Fall war, als die Differenzierung zwischen Staat und Gesellschaft in der Interpretation der führenden Rolle der Partei die legale Möglichkeit zur Bildung freier, sich selbst verwaltender Gewerkschaften schuf, wobei auch hier die Kirche mit der Forderung nach gesellschaftlicher Koalitionsfreiheit die Entwicklung maßgeblich unterstützte. Die Stellungnahmen der Kirche reichen lückenlos bis in die Gegenwart. Das bislang letzte, vom «Gesellschaftlichen Rat des Primas» am 11. Juli 1987 publizierte Papier zum Thema «Katholiken im öffentlichen Leben» geht von der Voraussetzung aus, daß «das Recht des Bürgers, über die Angelegenheiten seiner Gemeinschaft zu befinden und am öffentlichen Leben teilzunehmen, ein anderen Gesetzen gegenüber primäres und übergeordnetes natürliches Recht des Menschen ist».⁹ Damit beharrt die Kirche – ähnlich wie die Opposition – zum wiederholten Male auf der Lösung der Grundfrage, ohne die alle anderen, so drängenden polnischen Probleme als unlösbar erscheinen: daß die polnische Gesellschaft das über das öffentliche Leben entscheidende *Subjekt* sein muß, ein Begehren, das – was die Bischöfe eigens betonten – in den Jahren 1980–1981 seinen Ausdruck fand.

Diese von der Erinnerung an die 16 Monate «Solidarność» bestimmte Forderung nach dem Subjektcharakter des Bürgers und der Gesellschaft im ganzen bestimmt den derzeitigen Stand in der Menschenrechtsfrage. Sie ist – als noch ungelöstes Problem – gleicherweise für die Opposition und die Kirche der Kern der Menschenrechtsfrage, die nur im Rückgriff auf die republikanische Tradition des polnischen Volkes sowie auf die tief in der polnischen Kultur verwurzelten christlichen Werte von der unantastbaren Würde der menschlichen Person lösbar erscheint. Auf dieser Grundlage eine Synthese mit dem sozialistischen System herbeizuführen, kam bislang der Quadratur des Kreises gleich. Dabei ist diese Synthese angesichts der eingeleiteten Wirtschaftsreform von äußerster Dringlichkeit. Po-

⁹ Zitiert nach dem in der Kirchenzeitung «Poslaniec warmiński» 21/1987 veröffentlichten polnischen Text.

lens Wirtschaftsprobleme erscheinen ohne Lösung der politischen Grundfrage unlösbar. Nur wenn sich in der Breite der polnischen Gesellschaft das Bewußtsein durchsetzt, nicht mehr bloßes Objekt einer von der Partei allein zu verantwortenden Politik zu sein, sondern auf die Entwicklung des Landes Einfluß nehmen zu können, dürfte Polen aus der wirtschaftlich-sozialen Talsohle wieder herausfinden. An Anzeichen, daß sich die durch eine Kluft getrennten Kräfte des Systems und der Gesellschaft aufeinander zu bewegen, fehlt es nicht. Die gegenwärtige Entwicklung in der Sowjetunion begünstigt diesen Pro-

zeß der Annäherung, weil der Rahmen für die so notwendige Synthese zwischen dem sozialistischen System und der politischen Kultur Polens weiter gesteckt ist und die Regierung Jaruzelski auch für politische Reformen im Sinne der überlieferten republikanischen Tradition einen größeren Spielraum erhält. Doch der Maßstab für das Gelingen des Experiments ist die Sicherung der Menschenrechte. An ihnen wird sich – unter den wachen und kritischen Augen der Opposition und der Kirche – das sozialistische Regime Polens auch weiterhin messen lassen müssen.
Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

«Untilgbares Verlangen nach Freude ...»

Die lettische Schriftstellerin Zenta Maurina (1897–1978)

«Dir gehört, was du verschenkst», hat sie in einem Tagebuch unter dem Titel *Abenteuer des Menschseins* geschrieben: Zenta Maurina, die am 15. Dezember 1987 ihren neunzigsten Geburtstag hätte feiern können. Aus dem Gedächtnis der jüngeren Leser mag sie entschwinden sein, ein Teil der mittleren und älteren Leserschaft hält sie indessen noch in sehr prägnanter Erinnerung. Der Maximilian Dietrich Verlag in Memmingen, wo Zenta Maurinas zahlreiche Werke beheimatet sind, hat als Ehrung die Neuedition ihrer Essaysammlung *Über Liebe und Tod* vorgelegt. Der heutige Leser wird damit einem zentralen Themenkreis der Autorin gegenübergestellt, gleichzeitig auch ihrer zentralen Lebenserfahrung. «Über die Liebe wage ich zu schreiben, weil ich durch sie aus der Gruft des Todes, aus dem Abgrund der Melancholie, aus der Sturmflut der Verzweiflung, aus dem Kerker unheilbarer Krankheit erlöst worden bin», schreibt Zenta Maurina im Geleitwort. Ihre Reflexionen über die Liebe sind eingebettet in die Erfahrungen und Informationen der eigenen Zeit – so z. B. hat sie Alfred C. Kinseys Reports über das sexuelle Verhalten der Frau und des Mannes einbezogen –, aber sie weiten sich aus bis in den Weltkreis von Literatur und Philosophie, Mystik und Psychologie. Zenta Maurina bedenkt die Zerstörungen mit, die der Zweite Weltkrieg angerichtet hat, sie nennt die Realität der «unmütterlichen Frau und des mütterlichen Vaters» beim Namen. Ihre Gedanken zur Emanzipation lesen sich mehr wie selbstverständliche Aperçus, denn diese Autorin schreitet bereits weiter: zur Wirklichkeit des «schwesterlichen Menschen»:

«Anstelle der emanzipierten Frau des vorigen Jahrhunderts ist heute der schwesterliche Mensch getreten. Mit einem hohen Gefühl der Verantwortung, mit Mut auch zu einsamer Selbständigkeit, mit einer Weisheit des Abstandes und geduldiger Güte hält sie in ihren Händen den Schlüssel zu einer neuen Epoche. Ich glaube an die Frau als den schwesterlichen Menschen, das heißt an die Frau als das Gefäß des metaphysischen Lebens und suche sie in der Vergangenheit und Gegenwart, in der Dichtkunst und realen Wirklichkeit.»

Dies schreibt Zenta Maurina in der Erstausgabe von 1960. – Liest man ihre Reflexionen über den Tod, ihre Gedanken über zeitgenössische Erfahrungen wie Gulag und Konzentrationslager, so rückt ein anderer wichtiger Essayband dieser Autorin ins Blickfeld: *Mosaik des Herzens*, der heute bereits im 110. Tausend vorliegt. Anlässlich der Neuausgabe schrieb Zenta Maurina 1961: «Dieses Büchlein schrieb ich vor vierzehn Jahren, als der Tod mir über die Schulter schaute, und als der Krieg alles, was ich in fünfundzwanzig Jahren mühsam erkämpft und aufgebaut hatte, zu Schutt und Asche einstampfte.» Das Buch *Mosaik des Herzens* erhielt in den Jahren nach dem Krieg ein starkes Echo. So ist uns z. B. eine Äußerung Luitpold Rinsers aus einem Brief an die Autorin erhalten: «Ihr Buch ist sehr schön, es ist voller Liebe, von Wissen gar nicht zu sprechen ... Ich fühle, daß Sie eine von jenen Frauen sind, die lieben können und die immer auf der Schwelle stehen zu neuem Leben.» Was enthält dieser Band? Er äußert die Frage nach den Wurzeln der Kultur, nach dem Sinn des Schmerzes und der Freude, er stellt sich dem ewigen Rätsel der Freundschaft und

Liebe und er forscht nach dem Inhalt des menschlichen Glücks. Glückshungrig ist Zenta Maurina wie wenige gewesen: «Doch heute wie je weiß ich, daß Glück nichts Äußeres ist, sondern ein leises Singen der Seele, wie das zauberhaft stille Andante am Schluß der Beethovenschen E-dur-Sonate op. 109. Die Tragödie des Menschen besteht darin, daß er zu geräuschvoll lebt, um dieses leise Singen zu vernehmen ...»

Wurzeln in einer schönen Kindheit

Zenta Maurina wußte, wovon sie schrieb, wenn sie Sätze wie diese formulierte. Zeitlebens war sie durch eine unheilbare Krankheit behindert, von den politischen Wirren wurde sie direkt betroffen, und das Exil erfuhr sie als Flüchtling am eigenen Leib, an der eigenen Seele. Doch ging ihr die Würde des Menschen über alles. Man hat sie «eine wahre Europäerin» genannt, eine Vermittlerin über kulturelle und geografische Grenzen hinweg. Ihre Bücher sind heute vor allem auch im skandinavischen Sprachraum verbreitet, aber auch z. B. in Italien, wo 1987 die Edizioni Paoline, Milano, ihr viertes Buch herausgebracht haben.

Was Zenta Maurina in ihrem Werk an geistiger Strahlkraft vermittelt hat, gründete mit den Wurzeln in einer glücklichen Kindheit. Am 15. Dezember 1897 ist sie als Tochter eines lettischen Arztes und einer deutschen Musikerin in Lettland geboren worden. Fünf weitere Geschwister erfüllten mit ihrem kindlichen Treiben das Elternhaus in der am Meer gelegenen Kleinstadt Grobina. Materieller Wohlstand erlaubte der Familie die Pflege der Kultur und einer anregenden Geselligkeit. Mit fünf Jahren jedoch erkrankte Zenta Maurina an spinaler Kinderlähmung. Trotz ärztlicher Bemühungen sollte sie ihr weiteres Leben im Rollstuhl verbringen, und sie, die vitale tatenfrohe Frau, trug schwer an dieser Behinderung. Immer wieder hat sie sich dagegen aufgelehnt, und auch in ihren Büchern verhehlt sie diese Rebellion nicht. «Warum ist aber Krankheit, dieser Freudenerstörer, dieser Henker von Jugend und Schönheit in unser Leben getreten?» fragt sie etwa in *Mosaik des Herzens*. Gerade diese Aufrichtigkeit, dieser ausgesprochene Drang, das Leiden nicht zu stilisieren oder gar zu verklären, sondern es nackt hinzustellen – das erscheint uns heute als Zeichen authentischer Menschlichkeit. – In den Kindheitserinnerungen *Die weite Fahrt* hat Zenta Maurina ihrem Vater ein liebevolles Gedanken nachgeschickt. Er war es, der mit seiner Geduld das heftige Kind, welches seiner Krankheit mit Trotz begegnete, aufgefangen hat. Das Vermögen zwar, das der Vater im Hinblick auf die Lebensvorsorge seiner Tochter auf russischen und französischen Banken angelegt hatte, schmolz im Ersten Weltkrieg dahin. Unantastbares Kapital war jedoch das Erbe wahrer Humanität. Eine der Schwestern hatte den Vater einmal gefragt, warum er Amata – so wurde Zenta im Elternhaus genannt – am meisten liebe. «Weil sie am meisten Liebe braucht», entgegnete er.

Vorerst erhielt Zenta Maurina durch Hauslehrerinnen Unterricht, der dem Programm der russischen Gymnasien folgte, da Lettland bis 1918 zum Reich des Zaren gehörte. Man sprach

drei Sprachen im Elternhaus: Russisch, Lettisch und Deutsch, man lebte «in einem Turm mit Fenstern nach allen Himmelsrichtungen». Nicht umsonst ist Zenta Maurina zur intimen Kennerin der Literatur aus West und Ost geworden, zur befähigten Übersetzerin und Vermittlerin. – 1915, schon mitten in der Turbulenz des Weltkrieges, bestand Zenta Maurina ihr Abitur am Mädchengymnasium von Libau. Im November 1918 wurde die unabhängige Republik Lettland ausgerufen, und die Hauptstadt Riga eröffnete die lettische Universität. Zenta Maurina wünschte sich nichts so sehr als ein Studium an dieser Hochschule. Doch die Eltern verweigerten die Zusage; sie führten die Behinderung als Argument ins Feld, sprachen von Schöpfung. Aber Zenta Maurina setzte sich schließlich durch, zwar «unsäglich hilfsbedürftig, schlecht ausgerüstet, ohne Wirklichkeitskenntnisse, ohne den Angriffe abwehrenden Schild des Geldes, ohne Verbündete, mit den kleinen Paketen bürgerlicher Vorurteile und den niederdrückenden Lasten körperlicher Leiden beschwert», wie sie sich in *Die weite Fahrt* erinnert – aber trotzdem mit wilder Zuversicht. Sie erweitert ihr Studium durch Auslandsaufenthalte in Heidelberg, Florenz und Paris. Als erste Studentin Lettlands promoviert sie schließlich 1938 zum Dr. phil.

Dostojewskij als Leit- und Leidfigur

Schon in der Studienzeit hatte die Beschäftigung mit jenen Dichtern der Weltliteratur eingesetzt, die sie auch künftig begleiteten: mit Dostojewskij und Dante, dem Vater aller Dichter im Exil, zu denen auch sie sich wird zählen müssen. Ihre große Abhandlung *Dostojewskij, Menschengestalter und Gottsucher* erscheint 1952, hervorgegangen aus langjährigem Studium, profiliert durch die vererbte Kenntnis westlicher und östlicher Mentalität. Um kein anderes Buch hat Zenta Maurina so sehr gekämpft wie um dieses, denn in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Verlage mit wirtschaftlichen Sorgen überhäuft, und Zenta Maurina erhielt nichts als Absagen, wenn sie eine Drucklegung vorschlug. 1949 schreibt sie ihrem späteren Verleger, dem unermüdlichen Maximilian Dietrich in Memmingen:

«Im Laufe des letzten Jahres hatte ich alles beiseite geschoben, ich lebte nur für dieses Werk. Es gab keine Sonn-, Feier- oder Krankheitstage, es gab nur Dostojewskij-Tage. Selbst im Traum arbeitete ich weiter: Dostojewskijs Gestalten erschienen und sprachen mit mir, und wenn ich dem Zusammenbrechen nahe war, sagte ich mir: Geduld! dieses Buch wird mich ins Leben zurückführen und von der alles unterhöhlenden Misere befreien ...»

Was Zenta Maurina zu Dostojewskij hingeführt hat, deutet die Autorin im Motto zu ihrem ersten Kapitel an: «Nicht vor dir habe ich mich verneigt, sondern vor dem Leid der ganzen Menschheit.» In der Figur Dostojewskijs bündeln sich gleichzeitig alle Themen, die Zenta Maurina zeitlebens nicht verlassen haben. Sie selbst schreibt zu ihrem Buch:

«Dostojewskij hilft uns die zu allen Zeiten und bei allen Völkern gleichen Probleme entwirren, er beunruhigt uns durch die Fragen: Wer bin ich als Mensch an sich, losgelöst von Eltern, Nation und Geschichte? Warum lebe ich? Welch ein Recht habe ich zu leben? Welch eine Verantwortung trage ich dem Ich und dem Du gegenüber? Er bedrängt und bestürzt den Leser, er macht es ihm unmöglich, in der gewohnten Gleichgültigkeit weiter zu vegetieren.»

Mit Raskolnikow aus *Schuld und Sühne* weiß Zenta Maurina, daß «Leiden und Schmerz für einen weiten Geist und ein tiefes Herz unumgänglich sind». Sie mag mit dieser Auffassung, die uns typisch für die russische Seele des 19. Jahrhunderts erscheint, auch sich selbst in schwierigen Momenten aufgerichtet haben. Es wäre hier auch an das Bekenntnis Tolstojs zu denken, das Zenta Maurina im Vorwort zu ihren *Porträts russischer Schriftsteller* zitiert: «Darum wünscht sich auch der erbärmliche Teil unserer Seele Ruhe, ohne zu ahnen, daß diese Ruhe mit dem Verlust all dessen verknüpft ist, was in uns an Erhabenem verborgen liegt.»

Das Exil, die Vertreibung aus Eden

Im Sommer 1941 wird Lettland von deutschen Truppen besetzt. Massenmorde und Deportationen bestimmen fortan die Tagesordnung wie ein Jahr zuvor unter der sowjetischen Okkupation. Im Juli 1944 fällt die Rote Armee nochmals in Lettland ein und proklamiert die Lettische Sozialistische Sowjetrepublik. Zenta Maurina gelingt es, nach Deutschland zu fliehen, von wo sie 1946 nach Schweden übersiedelt. Ihr Lebensgefährte, der Schriftsteller Konstantin Raudive, teilt mit ihr die materielle Bedrängnis und die Isolation des Exils. In einem Brief berichtet Zenta Maurina 1947 ihrem Verleger Maximilian Dietrich:

«Eine kleine Humoreske, die leider auf Wahrheit beruht: Für meine zwei letzten gutbesuchten Vorträge habe ich vom «Verein der Studentinnen Uppsala» als Honorar insgesamt 25 Schwedenkronen erhalten und der Portier, der das Licht ein- und ausschaltet und die Türe auf- und zuschließt – 10 Kronen. Es tut mir sehr leid, daß ich hier in Schweden nicht Portier sein kann.»

In den schwedischen Tagebüchern *Nord- und südliches Gelände* heißt es über diese ersten Jahre:

«Das Exil ist nicht Armut, es ist Leere. Schlimmer als die Leere des Beutels und Reisekoffers ist die Leere des ausgebrannten Herzens ... Mein in asketischer Selbstzucht aufgebautes Leben ist zusammengestürzt. Tödliche Einschnürung, Beziehungslosigkeit, das Gefühl der Unsicherheit. Leben ist nicht essen, trinken und schlafen; Leben ist liebe, wirken, ausstrahlen. Die Variationen des Untergangs sind zahllos. Man stirbt mehrere Male schon zu Lebzeiten, auch wenn man nicht unsterblich ist ... Das Leben vergeht ohne Sinn, ohne Dienst, ohne Erhebung. Ich liege in meinem Bett, von Tod und Elend leergesogen. Untilgbares Verlangen nach Freude.»

Glücklich ist sie, wenn sie die Gegenwart in der Welt der Literatur vergessen kann. In einem Brief aus dem Jahr 1947 schreibt sie:

«Herrliche Stunden habe ich mit Blaise Pascal verbracht. Aus der Universität Uppsala habe ich die große Ausgabe seiner Werke in vierzehn Bänden; ich schloß mich in ihm ein, mein eigenes Ich verschwand, weit entglitt das tägliche Leben ... Ich fühlte nicht die messerscharfe Fremdheit und die bange Isolierung ...»

Aber rasch packen sie wieder die Sorgen um den Lebensunterhalt. Die Honorare für ihre im Nachkriegsdeutschland erschienenen Bücher können nicht überwiesen werden, da die damalige Militärregierung jede Überweisung von Honoraren ins Ausland untersagt hat. Mit Seminarien, Vorträgen und Artikeln in schwedischen Zeitungen versucht sich Zenta Maurina durchzuschlagen, immer wieder gehindert durch ihre Krankheit. «Ich bin staubmüde und ohne Schreibkraft», so schließt einer ihrer Briefe aus dem schwedischen Exil. Und als sie 1946 das Manuskript ihres Buches *Mosaik des Herzens* an Maximilian Dietrich abschickt, begleitet sie es mit dieser Äußerung:

«Das Problem des Schmerzes hat mir von jeher keine Ruhe gegeben, die Frage Hiobs, warum ist das Licht den Mühseligen und Beladenen gegeben? In meiner Heimat hatte ich fast zehn Jahre an diesem Thema gearbeitet ... Das Leitmotiv wär der Gedanke, daß Menschsein vom Erlebnis des Schmerzes untrennbar ist, und dennoch zittert im Herzen eines jeden ein unstillbares Verlangen nach Freude. Die Schönheit des Gartens Eden ist uns verwehrt, unser Leben ist vom Licht des Ölberges überstrahlt ...»

Hunger nach Leben und Freude

Zwischen 1952 und 1972 entfaltet Zenta Maurina eine rege Vortragstätigkeit, die sie in zahlreiche Städte Deutschlands und der Schweiz führt. Als immer wiederkehrende Themen hat sie die russischen Dichter gewählt: Dostojewskij, Turgenjew, Tschchow, Anna Achmatowa, Gogol, Solschenizyn – bis zu Valerij Tarsis, der 1983 in Bern gestorben ist. Es bewegt sie die Überwindung des Nihilismus, die Einsamkeit des Menschen, die Sinnfrage der Existenz. Immer wieder findet die Dichterin, die in der Frühzeit in lettischer, später vorwiegend in deutscher Sprache geschrieben hat, einen Kreis bewegter Zuhörer vor. Ihr

Freundeskreis ist ebenso treu wie bedeutsam: In der Schweiz sind es u. a. der Theologe Walter Nigg, der Arzt Max Edwin Bircher, der Cembalist Jörg Ewald Dähler, die Lyrikerin Erika Burkart oder der Historiker Carl Jakob Burckhardt, die sie schätzen. Ihre kultivierte Sprache lebt aus einem dieser Autorin eigenen Pathos heraus, das auch dem heutigen Leser, wenn er die Lebensumstände dieser Dichterin bedenkt, selten als bloße Folie erscheint, sondern doch fast immer als authentischer Ausdruck einer von starken Gefühlen geleiteten Existenz. – Die Erscheinung Zenta Maurinas ist auch im Alter eindrucklich: Der zarte, eher kleine Körper trägt einen imposanten Kopf, und das schöne dichte Haar sowie die ausdrucksvollen Augen mit den dunkel geschwungenen Brauen schlagen sofort in Bann. Fast immer trägt Zenta Maurina weiße Kleider, denn weiß ist die Lieblingsfarbe der Letten – sie bedeutet Leben und Freude, beides so wichtige Elemente in der Biografie der Schriftstellerin. Zenta Maurina wird von außerordentlicher Vitalität bis in die späten Jahre hinein bewegt, ihr Benehmen ist aristokratisch zu nennen, und die schwierigen Anfangsjahre des Exils, wo sie sich mit und gegen ihre Krankheit durchsetzen mußte, haben ihr starkes Wesen noch entschiedener geformt. Indessen schränkt sie in einem Brief 1948 ein:

«Meine Krankheit hat mein Talent nicht gesteigert, sondern gehemmt. Einen gelungenen Satz bringe ich nur dann zu Papier, wenn ich – wenigstens in der Illusion – aus dem Kerker der Krankheit befreit bin, wenn ich ein wenig glücklich bin, durch sanfte Erinnerung, durch Musik, durch die Nähe eines lieben Menschen, durch geheimnisvolle innere Stille ... Manchmal wundere ich mich selbst, daß ich das Leben noch liebe – denn wenn ich es nicht mehr lieben würde, könnte ich nicht schreiben, also nicht mehr leben.»

Schon als Kind hatte Zenta Maurina eine erschreckende Willenskraft gezeigt, und sie hätte das ihr auferlegte Leben wohl gar nicht bestanden, wäre sie nicht mit Energie und Bestimmtheit, mit Selbstbewußtsein und Hellhörigkeit ausgestattet worden. Sie hat den anderen Menschen verstanden, weil sie tief in sich selbst hineingeblickt hat. In ihrem Essay *Der Mensch – das ewige Thema des Dichters* schreibt sie:

«Ich schließe mich der Überzeugung Martin Bubers an: die Einmaligkeit ist die Ewigkeit des Einzelnen, mit der er unverlöscher in das Herz Gottes eingeschrieben ist. Die Erfahrungen meines Lebens haben mich gelehrt: je einziger einer in Wahrheit ist, desto unersetzlicher ist er, desto mehr kann er dem anderen geben, desto mehr will er ihm geben. Der Mensch – das ewige Thema des Dichters – ist das unheimlichste Geschöpf der Erde, das edelste und gemeinste Produkt der Natur. Kein einziger anderer Erdbewohner flößt mir so viel Bewunderung, so viel Erstaunen, aber auch so viel Abscheu und Schauer ein.»

«Amo ergo sum.» Dieses Wort, das sie an den Schluß ihres Buches *Mosaik des Herzens* hingesetzt hat, bedeutete ihr Verpflichtung bis zum Tod. Im Alter von einundachtzig Jahren, während einer Vortragsreise, die sie nach Basel geführt hatte, starb Zenta Maurina im April 1978. «Der Tod/Übergang in ein neues Werden» steht auf dem Grabstein, der sich auf dem Friedhof von Bad Krozingen befindet, wo die Dichterin seit 1965 gewohnt hat. In ihrem Text *Meine Wurzeln sind im Himmel* hatte sie geschrieben:

«Trotz aller Schmerzen, aller Qual liebe ich das Dasein: die Blumen, die Sterne, die einzelnen Menschen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Zeit kommen wird, wo ich nicht mehr bin, ausgelöscht, nichts. Wenn ich das auch nur denken müßte, fiel dieser Grabstein des Nichts schon jetzt und erdrückte mich. So sehr entsetzt sich mein hungriges Dasein vor dem Nichts.»

Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri bei Bern

Werkauswahl: Alle hier genannten Werke sind im Maximilian Dietrich Verlag (Memmingen/Allgäu) erschienen und werden hier in der Reihenfolge der im Artikel zitierten Titel genannt.

Abenteuer des Menschseins. Schicksale und Bekenntnisse. 1970.
Über Liebe und Tod. Essays. 1960, '1987.
Mosaik des Herzens. Essays. 1947, '1984.
Die weite Fahrt. Eine Passion. 1951, '1985.
Dostojewskij. Menschengestalter und Gottsucher. 1952, '1981.

Porträts russischer Schriftsteller. Essays. 1968.
Nord- und südliches Gelände. Schwedische Tagebücher 1946–1951. 1962.
Der Mensch – das ewige Thema des Dichters. 1972.

Ferner erschienen im gleichen Verlag:
Briefe aus dem Exil 1945–1951. 1980.
Buch der Freundschaft. Zenta Maurina zum 70. Geburtstag. 1967.
Zenta Maurina. Bilder aus ihrem Leben. Auswahl und Zusammenstellung von Isa Sigg. 1983.

Widerstand aus Glaube

Zu einer Publikation über E. Stein, A. Delp und D. Bonhoeffer

Den Anstoß der Reflexionen des Buches¹ bilden drei Menschen, die sich in einer unmenschlichen Diktatur auf je eigene Weise vom Glauben zum Widerstand herausgefordert fühlten. Der Gegner und seine Unterdrückungs- und Verfolgungspraktiken werden durch eine historische Analyse *Heinz Boberachs* präsent gemacht. Dadurch ist die unverwechselbare historische Verortung der Widerstandshaltung gegeben, die *Edith Stein* die Kraft zu stellvertretendem Opfer finden ließ und die *Delp* und insbesondere *Bonhoeffer* in ein Ringen um die eigene Aufgabe hineinstellte, das sie vor dem Angesicht Gottes sich fühlend in aller Ehrlichkeit durchzustehen versuchten und dem sie mit ihrem Tod die letzte, ernsteste Glaubwürdigkeit gaben. Die Reflexion des mit dem Tode besiegelten Denkens und Handelns als Glaubensverwirklichung erwächst in dem Buch zwar aus dem Anstoß zur Rückerinnerung an die konkrete Situation der durch das unmenschliche nationalsozialistische System Ermordeten. Aber sie wird nicht zur unvermittelt vorbildhaften Grundlage neuen Denkens und Handelns gemacht, sondern bleibt unausweichlich beängstigende und unbeantwortete Frage nach dem Handeln von Christen hier und heute. Dies in einer Welt, deren technisch-zivilisatorischer Fortschrittsweg von einer unübersehbaren Zahl von Opfern gesäumt ist, für die die entstehende Weltgesellschaft keine menschliche Existenz brachte, sondern nur Hunger, Ausbeutung und Krieg. Niederschmetternd ist diese Frage nur deshalb nicht, weil im Denken und Handeln der drei Märtyrer aus der christlichen Hoffnung und Zuversicht erwachsend eine neue Glaubenskraft und Glaubenskonkretheit entgegentritt, zu denen sich aufzuschwingen eine ständige Chance, aber auch Verantwortung nicht nur für den einzelnen Christen, sondern auch für die Kirche insgesamt darstellt.

Unausmeßbare Dimensionen

Trotz des ständig mehr oder weniger scharf gegenwärtigen Hintergrundes von Existenz- und Bewußtseinskrisen ist das Buch also kein Schrei der Verzweiflung, sondern ein Aufruf zum Wagnis des Glaubens und zur Entfaltung seiner unzeitgemäßen Wirkungskräfte. So sieht *Waltraud Herbsttrith* Edith Steins Lebensweg als eine Reihe von Botschaften an die Gegenwart. «Edith Stein hat widerstanden bis in den Tod: sie widerstand der Bosheit, der Verzweiflung, der Gemeinheit von Menschen in der Kraft des Gebetes, der hingebenden Liebe. Sie hatte als junge Wissenschaftlerin über das Thema «Einfühlung» geschrieben. Ein ganzes Leben lang interessierte sie sich dafür, wie Menschen untereinander und mit Gott in Beziehung treten können. Ihr Tod war, ähnlich wie der Tod Christi, eine völlige Verhöhnung all dessen, was sie als suchende Atheistin, als gläubige Christin gefunden und verteidigt hatte: die Würde des Menschseins, die Würde des Personseins, die Würde des Geschöpfseins» (90).

Gewissen und Entscheidung stehen im Mittelpunkt einer Analyse von Bonhoeffers Reflexionen des militanten Widerstandes

¹ Glaube als Widerstandskraft. Edith Stein, Alfred Delp, Dietrich Bonhoeffer. Hrsg. Gotthard Fuchs, Knecht Verlag, Frankfurt 1986, 248 Seiten, 29,- DM.

gegen das verbrecherische nationalsozialistische System, die deutlich macht, in welcher unausmeßbaren Dimensionen er sich dabei hinauszuwagen entschloß (*Ernst Feil*). Weder Gewissen noch Schrift gaben letzte Rechtfertigung, und nur die Wendung zu Christus ermöglichte den Entschluß zum Handeln. «Wir wissen nicht, was wir tun sollen, aber unsere Augen sehen nach dir» (229), heißt es bei Bonhoeffer. So kann bei ihm Widerstand nicht isoliert gesehen werden, sondern er ist mit Ergebung verbunden, muß sich mit ihr auseinandersetzen, gewinnt seinen Wagnis- und Entscheidungscharakter in der Dialektik mit ihr (169ff.). Einen «schweren Weg in den aktiven Widerstand» hat daher auch *Heinz Eduard Tödt* zu verfolgen, indem er enger auf die historische Situation des nationalsozialistischen Unrechtsstaates bezogen auf Bonhoeffers Weg des Widerstandes eingeht, der nicht zuletzt auch dadurch belastet war, daß er in Schuld verstrickte, obwohl er sich gegen ein eklatant verbrecherisches Regime und seinen Inspirator Hitler richtete. «Auf dem Weg in den aktiven Widerstand konnte man nicht schuldlos bleiben, weil man gegen Berufspflicht und Eid, gegen bestehende Gesetze und normale moralische Verpflichtungen verstoßen mußte» (212f.).

Besinnung für die Gegenwart

Im Werk Delps geht *Ludwig Bertsch* «dem leidenschaftlichen Engagement für den Menschen und die menschliche Gesellschaft» (93) nach. Delp beeindruckte die tiefe und weitverbreitete Standpunktlosigkeit seiner Gegenwart. Der Mensch hatte in der Entwicklung der Moderne neue Welten für sich erobert, aber er hatte sein Verhältnis zu Gott verloren. Er war «gottesunfähig» geworden (97). Das Bürgertum hatte sich seine gesicherte Besitzwelt aufgebaut und hatte sich dabei allen weiteren Fragen verschlossen. In dieser Situation hätte die Kirche die große Aufgabe gehabt, die Menschen neu an die Botschaft Gottes heranzuführen. Aber ist die Kirche, sind ihre Repräsentanten lebendig genug, diese Aufgabe wahrzunehmen? Die Kirche muß die Konsequenz aus Gottes Menschwerdung ziehen. Sie muß die Erkenntnis vermitteln: «Der Mensch lebt entweder in der gottmenschlichen Ebene, oder er verliert sich selbst» (109). Das heißt, daß der Mensch in zwei Bezügen stehen muß, zu den Menschen und zu Gott. Ein theonomer Humanismus ist sein Auftrag. An ihm muß sich auch die Kirche orientieren. Zu ihm muß sie erziehen im Dienst am Menschen und an der Welt

aus der Bindung an Gott. Die Besinnung auf Delp wird so zur Besinnung auf die Aufgaben der Gegenwart. «Die Kirche ist in dieser Stunde genau so gefragt wie vor vierzig Jahren, ob sie die Spannung aushält und aus der Fülle des Geistes sich für den am Straßenrand verwundeten Menschen drängibt» (117f.).

Gotthard Fuchs verschärft die Darstellung von Delps kritischer Haltung gegenüber Mensch, Gesellschaft und Kirche. Zu Delps Situationsanalyse gehört das schroffe Nebeneinander einer hohen Anerkennung der Leistung der bürgerlichen Welt für Freiheit und Freiheitsbewußtsein der Menschen und einer Kritik an der mit ihr in Korrespondenz stehenden Entwürdigung des Menschen in einer Gesellschaft, die von bürgerlichem Besitz- und Sicherheitsstreben bestimmt ist, aber die «Bindung an eine transzendente Mitte» (128) verloren hatte. Die Kirche ist in die Krise des heutigen Menschen verstrickt, indem sie mitgewirkt und Anteil genommen hat an der Verbürgerlichung und indem sie sich zu sehr auf sich selbst zurückbezogen hat. Nur in der uneigennützigsten Hinwendung zum Dienst an den Menschen kann sie erneuerte Legitimation für eine neue Hinführung zum Glauben erringen. «Menschsein kann, nach Delp, nur gelingen, wenn der einzelne und das Gemeinwesen sich eingebunden wissen in die transzendente Wirklichkeit eines bejahenden und fordernden, eines Liebe und Gerechtigkeit letztlich erst ermöglichenden Gottes» (136f.). Damit ist der Kirche ein neues Missionsziel gesteckt, auf dessen Verwirklichung Delp in einer Glaubenszuversicht hofft, die noch stärker beeindruckt als seine harte Analyse der Krise. Fordert das Gelingen eine innere Wandlung der Kirche, so bedeutet es ebenso, daß sich die Menschen in der Kirche ändern müssen, damit sie mit neuen Energien die von ihr geforderte Wirksamkeit anstreben kann.

Glaube als Kraft des Widerstandes ist ein tief beunruhigendes Wort, denn es gibt der Konfrontation mit der Welt und mit sich selbst eine neue Dimension und legt das Aufgeben von Sicherheiten nahe, deren ungefragte Hinnahme angesichts der vielfältig die Menschen bedrängenden Probleme zu Schuld zu werden droht.

Karl-Egon Lönne, Grevenbroich

Zur Titelseite

Zum Anlaß seines 100. Geburtstags, der vor einem Jahr am 3. Februar anfiel, sind für *Max Josef Metzger*, den Pionier und Märtyrer sowohl der katholischen Friedensbewegung als auch der Ökumene, mehrere Gedenktage gehalten worden. Von der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg ist daraufhin ein Sammelband mit neun Beiträgen von diesen Feiern herausgebracht worden (Verlag Schnell und Steiner, München-Zürich 1987, 144 Seiten). In einem brillanten *Vorwort* äußert sich *Walter Dirks* zum Thema des Buches, das den Titel trägt: «Die Aufgabe der Christen für den Frieden – Max Josef Metzger und die christliche Friedensarbeit zwischen den Weltkriegen». Ihm geht es darum, wie der von den Nazis am 17. April 1944 hingerichtete «prophetische Märtyrer» des Friedens «auf neue Weise aktuell» geworden ist, und zwar in seiner Zusammenschau von Weltfrieden und Ökumene. Dabei findet er aber an Metzgers Formel, nur die wiedervereinigte Eine Kirche Christi könne den großen politischen Frieden verwirklichen, das Wörtchen «nur» problematisch. Er akzeptiert es im Sinne eschatologischer Theologie (die «große Mutation des jesuanisch-christlichen Impulses» müßte sich in der Geschichte durchsetzen), aber er lehnt es für die Praxis ab, wenn es die Allianz mit humanistisch motivierten Friedenskämpfern ausschließt: «Wir können nicht warten, bis alle Menschen «Christen» und bis alle «Christen» Christen werden.» Auch Metzger hat, so betont Dirks, gelegentlich über die Mauer geblickt, er war kein sektiererischer Pazifist, er hatte die ganze Realität der Gesellschaft vor Augen, lehnte u. a. den Kapitalismus ab und bewies durch seine ganze Lebensarbeit, daß er keine Berührungängste kannte. Müssen wir also bei der Umsetzung der Gesinnung in Strategie «über ihn hinauskommen», so bleibt doch, so meint Dirks, die «psychische Energie und geistige Leidenschaft» Metzgers «für uns unentbehrlich». Ja er sieht in ihm, der schon 1932 in einem Brief an Papst Pius XI. ein ökumenisches Konzil um des Friedens willen vorschlug, ein Beispiel für fällige «Ahnenwahl». Er hält sie für notwendig, um die Kraft des christlichen Glaubens in die Kämpfe und Arbeiten unseres Jahrhunderts einzubringen, er versteht sie als «Solidarität mit denen, die vor uns gedacht, gearbeitet, gebetet und gekämpft haben». L. K.

ORIENTIERUNG erscheint 2x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Information
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, Telefon (01) 2010760
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Josef Bruhin, Robert Hotz,
Nikolaus Klein, Josef Renggli, Pietro Selvatico, Karl Weber
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Paul Konrad Kurz
(Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Wolf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 1987:

Schweiz: Fr. 38.- / Studierende Fr. 27.-
Deutschland: DM 47.- / Studierende DM 32.-
Österreich: öS 350.- / Studierende öS 240.-
Übrige Länder: sFr. 38.- zuzüglich Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr. 50.- / DM 60.- / öS 420.-
(Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnements in Länder
mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Einzelexemplar: Fr. 2.50 / DM 3.- / öS 22.-

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842 oder Schweizerische
Kreditanstalt Zürich-Enge, Konto Nr. 0842-556967-61
Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 60010070) Konto Nr. 6290-700
Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127
Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht
1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion